

NAHOST

# Assads grüne Karte



No milk today - Aufruf zur antidänischen Demonstration, plakatiert im Souk der Altstadt von Damaskus. (Foto: Markus Bickel)

**Die Ausschreitungen in  
Syrien machen deutlich:  
Das dortige Regime  
sucht ein Zweckbündnis  
mit dem totalitären  
politischen Islam.  
In Beirut mischten  
auch syrische und  
palästinensische  
Islamisten mit.**

Schon seit Mitte vergan-  
gener Woche hatten SMS-  
Mitteilungen in Damaskus die  
Runde gemacht, um am Sams-  
tag möglichst viele De-  
monstranten vor die däni-  
sche Botschaft zu bringen.  
Der Grund für die Proteste,  
wie in den Wochen zuvor in  
anderen islamischen Län-  
dern: Die bereits Ende Sep-  
tember 2005 in der dänischen  
Tageszeitung "Jyllands-Pos-  
ten" veröffentlichten Karika-  
turen des muslimischen Pro-  
pheten Mohammed.

Hunderte folgten am Nach-  
mittag dem Aufruf der Ver-  
anstalter, viele von ihnen  
mit professionell bedruckten  
Schildern ausgestattet, die  
Aufschriften trugen wie "Wir  
fürchten weder Debatten  
noch Kritik, aber niemand  
mag Missbrauch" und "Der Is-  
lam sagt: Beleidige nicht die  
Religion anderer Menschen".  
Auch die am unweit der Bot-  
schaft gelegenen Abul Ala-  
Platz angebrachten Transpa-  
rente zeigten, dass der mit  
dem Sturm der Botschaft en-  
dende Aufmarsch von langer  
Hand geplant war. "Allah  
genügt dir - er hört und weiß  
alles", stand auf einem der  
über die Straßen gespannten  
Transparente zu lesen.

In den vergangenen Mona-  
ten hatten hier noch Parolen  
gehangen, die das Regime  
vor Präsident Bashar Assad  
vor Vorwürfen der Uno-Unter-  
suchungskommission zur  
Aufklärung des Mordes an Li-  
banons Expremierminister  
Rafik Hariri in Schutz nah-  
men. Undenkbar, dass die  
Veranstalter ihre Spruchbän-  
der ohne Wissen der Staats-  
macht aufhängen konnten.

Erstaunlich gering auch die  
Polizeipräsenz im Polizei-

staat Syrien: Lediglich ein  
paar Dutzend Beamte regel-  
ten den Verkehr, als der De-  
monstrationszug am Spät-  
nachmittag in die Straße der  
Botschaft einbog - und das  
dreistöckige Gebäude unter  
lauten "Allah-u-Akbar"-Rufen  
stürmte. Dokumente flogen  
aus den Fenstern, Scheiben  
gingen zu Bruch, Demoteil-  
nehmer zerstörten Computer  
und Schreibtische. Kurze Zeit  
später stand der Altbau, in  
dem auch die norwegische  
Vertretung untergebracht ist,  
in Flammen. Es dauerte fast  
eine Stunde, ehe die Feuer-  
wehr eintraf.

In der Zwischenzeit war ein  
Teil des Demonstrationszugs  
den Hang hoch zur französi-  
schen Botschaft weiter gezo-  
gen, wo jedoch behelmte Son-  
derpolizisten eine weitere  
Botschaftsstürmung verhin-  
derten. Noch Tage später  
standen mehr als ein Dutzend  
Beamte mit Schlagstöcken  
und Schutzschilden in der  
schmalen Gasse im Norden  
der syrischen Hauptstadt, um  
die diplomatische Vertretung  
der einstigen Mandatsmacht  
vor Angriffen zu schützen.  
Kaum vorstellbar, dass die  
Vertreter der syrischen Ord-  
nungsmacht nicht schon vor-  
her für entsprechenden Schutz  
der diplomatischen  
Vertretungen hätten sorgen  
können.

Scharfe Kritik kassierte das  
Regime des seit fast einem  
Jahr wegen der Ermordung  
von Hariri unter Beschuss  
stehenden Assad auch von  
den USA. "Wir machen Syrien  
verantwortlich für derart  
gewaltsame Demonstration-  
en, weil sie in einem Land  
stattfanden, in dem das ohne  
Wissen und Unterstützung

der Regierung nicht möglich  
ist", erklärte der Sprecher  
von US-Präsident Bush, Scott  
McClellan.

Auch der dänische Außen-  
minister Per Stig Möller warf  
der syrischen Regierung vor,  
ihre "Pflicht vernachlässigt  
zu haben" und bezeichnete  
das Vorgehen als "absolut in-  
akzeptabel". Dänemarks Bot-  
schafter, Ole Egberg Mikk-  
sen, erklärte, er habe die Be-  
hörden mehrmals um Schutz  
gebeten. Die Regierung in Ko-  
penhagen forderte alle in Sy-  
rien lebenden Dänen zum so-  
fortigen Verlassen des Landes  
auf. Norwegen will seine Dip-  
lomaten aus Syrien abziehen.  
Außenminister Jonas Gahr  
Stoere sagte, ein Angriff auf  
eine Botschaft sei eine "ext-  
rem ernste Angelegenheit".

## Syrien lässt Mob gewähren

Noch bis Mitte der Woche  
herrschte Ausnahmezustand  
in Malki und al-Muhajirin, den  
beiden mondänen Vierteln,  
wo die meisten Botschaften  
untergebracht sind. Polizi-  
sten in Zivil sicherten die Bü-  
ros der Europäischen Kom-  
mission und des British Coun-  
cil ab, das Goethe-Institut  
hatte zum Schutz seiner Mit-  
arbeiter am ersten Arbeitstag  
der syrischen Woche seine  
Türen gar nicht erst geöffnet.

Die Regierung distanzierte  
sich derweil von den gewalt-  
samen Protesten. Der Minis-  
ter für islamische religiöse  
Stiftungen, Ziad al-Din al-Aju-  
bi, betonte im Gespräch mit  
der staatlichen syrischen  
Nachrichtagentur SANA, die  
Proteste seien "spontan"  
zu Stande gekommen. "Es ist  
unser Recht, dass wir protes-

tieren und unsere Wut aus-  
drücken, nachdem einige eu-  
ropäische Zeitungen unseren  
Propheten beleidigt haben,  
aber es ist nicht unser Recht,  
beim Protest die Grenzen zu  
überschreiten, die uns der Is-  
lam setzt."

Die augenzwinkernde Kum-  
panei mit den religiösen De-  
monstranten ist vor allem  
deshalb interessant, weil das  
nominell staatssozialistische  
syrische Regime dezidiert  
muslimischen Gruppierungen  
traditionell feindlich gegen-  
übersteht. Erst am Sonntag  
töteten syrische Spezialein-  
heiten zwei Mitglieder einer  
islamistischen Organisation  
in der Umgebung von Damas-  
kus. Beim Massaker von Ha-  
ma 1982 kamen etwa 10.000  
Menschen ums Leben, als der  
Vater des amtierenden Präsi-  
denten, Hafiz Assad, einen  
Aufstand der Muslimbruder-  
schaft brutal niederschlagen  
ließ.

## Destabilisierung als Ziel

Assads seit Sommer 2000  
regierender Sohn Baschir hat  
zwar keine explizite Abkehr  
von diesem Kurs vollzogen.  
Angesichts des internationa-  
len Drucks, der spätestens  
seit der Ermordung Hariris im  
Jahr 2005 auf Syrien lastet, ist  
er jedoch innenpolitisch ver-  
stärkt auf Partner auch aus  
dem Spektrum des politi-  
schen Islam angewiesen. Ein  
Spagat, den er außenpolitisch  
schon länger praktiziert: Wie  
die Populäre Front zur Befrei-  
ung Palästinas - Generalkom-  
mando (PFLP-GC) von Ahmed  
Dschibril unterhält auch die  
militant-muslimische Hamas  
ein Büro in Damaskus. Das  
Treffen mit dem schiitischen  
iranischen Präsidenten Mah-  
mud Ahmadinejad vor drei  
Wochen fand ungeachtet al-  
ler religiösen Reserviertheit  
Assads statt.

Anhänger Dschibrils sollen  
es nach Angaben aus libanesi-  
schen Sicherheitskreisen ge-  
wesen sein, die nur einen Tag  
später für den Sturm auf das  
dänische Konsulat in Beirut  
sorgten. In der Hauptstadt  
des zwischen 1975 und 1990  
in einen stark konfessionell  
geprägten Bürgerkrieg verwi-  
ckelten Landes, in dem vier  
Millionen Menschen leben,  
stürmten am Sonntagmittag  
Tausende das im christlichen  
Stadtteil Achrafiyah gelegene  
Gebäude. Trotz Einsatz von  
Tränengas und Warnschüssen  
gelang es mehr als 2.000 Sol-  
daten und Polizisten nicht,  
das Ausweiten der antiwestli-  
chen Proteste zu verhindern.

Wie schon tags zuvor in Da-  
maskus trugen die teils in  
Bussen aus dem Süden des  
Landes angereisten muslimi-  
schen Demonstranten stark  
religiös geprägte Plakate  
mit Aufschriften wie "Oh, Na-  
tion von Mohammed, wache  
auf!" Besonders besorgniser-  
regend: Der Versuch der De-  
monstranten, die wichtigste  
maronitisch-katholische Kir-  
che zu stürmen, die nur drei  
Straßenkreuzungen entfernt  
liegt, was von muslimischen  
Geistlichen und Ordnungshü-  
tern jedoch in letzter Minute  
verhindert werden konnte.

Wie der dänische Außenmi-  
nister Moller, der hinter den  
Angriffen "Kräfte" vermutete,

"die einen Kampf der Kulturen  
wollen", äußerte auch der li-  
banesische Premierminister  
Fouad Siniora die Sorge, dass  
es den Unruhestiftern nicht  
um die Mohammed-Karikatu-  
ren gehe, "sondern um die  
Destabilisierung der Sicher-  
heit in unserem Land".

Ein Verdacht, der zumin-  
dest durch die Nationalität  
der Angreifer untermauert  
wird. So berichtete die libane-  
sische Tageszeitung "An-  
Nahar", dass von den 192 am  
Sonntag Verhafteten 77 Syrer  
sowie 42 Palästinenser gewe-  
sen seien. Noch am Tag der  
Angriffe hatten sowohl die  
USA wie libanesische Minister  
die syrische Regierung für die  
Attacken auf den christlichen  
Stadtteil Achrafiye gelegene  
Gebäude verantwortlich ge-  
macht.

Nach Angaben der in Lon-  
don erscheinenden Tageszei-  
tung "Al-Hayat" sind die meis-  
ten der palästinensischen  
Verhafteten Mitglied der  
PFLP-GC. Der Chef der im  
Konflikt mit der säkular aus-  
gerichteten PLO stehenden  
Palästinenserfraktion, Dschib-  
ril, war erst vor knapp drei  
Wochen mit Irans Präsident  
Mahmud Ahmadinejad zu-  
sammengetroffen, als der reli-  
giöse Hardliner Damaskus ei-  
nen Besuch abgestattet hatte.  
Im südlich der libanesischen  
Hauptstadt gelegenen Ort  
Naameh verfügt Dschibrils  
Truppe über ein Trainings-  
camp und ein weit gespann-  
tes Netz von Tunnels und Waf-  
fenlagern.

Offenbar setzt Assad ver-  
stärkt auf die islamische  
Karte. Er bezeichnet es als  
Ziel seines Treffens mit dem  
irakischen Schiitenführer  
Moqtada al-Sadr Anfang der  
Woche, die panarabische Po-  
sition in der Region weiter zu  
stärken. Mit diesen Floskeln  
versucht er schon seit fast  
einem Jahr, Unterstützung in  
der arabischen Welt zu gewin-  
nen. Gutes verheißt das nicht,  
denn so viel ist nach dem Wo-  
chenende klar: Pünktlich zum  
ersten Jahrestag des Atten-  
tats auf Expremier Hariri am  
Valentinstag stehen die Zei-  
chen im Libanon wieder auf  
Sturm.

Markus Bickel

Markus Bickel pendelt als  
freier Journalist zur Zeit  
zwischen Beirut  
und Damaskus.